



Grundsatzrede

Prof. Dr. Jürgen Kocka

Auftrag aus der Geschichte und Aufgabe der Zukunft

im Rahmen der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung

Freiheit – Demokratie – Mitbestimmung

in Berlin am 17. November 2009

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Jürgen Kocka

Freiheit – Demokratie – Mitbestimmung

Lernen aus der Geschichte und Aufgaben der Zukunft

Jahrestagung Otto Brenner Stiftung, Berlin 17.11. 2009

I.

In den letzten Monaten ist die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise oft mit der Weltwirtschaftskrise der Jahre ab 1929 verglichen worden, die bekanntlich in weiten Teilen Europas und besonders in Deutschland mithalf, Freiheit und Demokratie zu zerstören.

In der Tat, wir sehen die Ähnlichkeiten: die zum Abgrund treibende Rolle der Banken-Zusammenbrüche, den Rückgang im Welthandel damals wie heute, den rasanten und tiefen Einbruch des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, den Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Krise der Realwirtschaft mit tiefgreifenden sozialen Folgen, Arbeitslosigkeit und Vermögensverlust in der Breite der Bevölkerung und bei den Vermögenden.

Doch die Unterschiede zwischen heute und der Großen Depression um 1930 überwiegen. Manches wirkt heute gravierender als damals, so die sofortige Globalisierung der Krise, die damals länger brauchte. Oder die heute viel größere Bedeutung des Finanzkapitalismus, der die Krise auslöste, als erster durchlief und ihre Ausbreitung antrieb. Ich meine das Volumen und die Geschwindigkeit des Grenzen und Kontinente überschreitenden Kapitalverkehrs, sehr oft mit spekulativen Zielsetzungen, die große Bedeutung der Börse und den Aufstieg einer auch früher nicht ganz fehlenden, aber heute viel breiteren Schicht von finanzkapitalistischen Akteuren – von Fondsmanagern, Börsenmaklern, Analysten, Investmentbankern und ihren Milieus -, d.h. eine seit den 70er/80er Jahren rasch wachsende Schicht von Kapitalisten, Unternehmern und Agenten, die sich aus realwirtschaftlichen und sozialen Einbindungen weitgehend löst, transregional-global agiert, sich radikal am shareholder value und rascher Renditenmaximierung orientiert und zu risikoreichsten Geschäften umso bereiter

ist, als gute Chancen bestehen, dass sie die Risiken gegebenenfalls nicht voll ausbaden muss. Ohne die Digitalisierung der Kommunikation steckte der globale Spielsaal-Kapitalismus (Casino-Kapitalismus) in der Weltwirtschaftskrise um 1930 noch in den Anfängen, obwohl ihn John Maynard Keynes schon 1936 analysierte (Allgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes, S.134).

Die meisten Unterschiede zwischen der Großen Depression um 1930 und der Krise heute tragen jedoch dazu bei, dass die heutige Krise glimpflicher verlaufen dürfte, jedenfalls kurz- bis mittelfristig.

Zum einen setzte die heutige Krise nach Jahrzehnten raschen und ergiebigen Wachstums ein, die von 1929 dagegen nach anderthalb Jahrzehnten voll von Verarmung und Störungen seit 1914. Es sind heute insgesamt ganz andere Polster vorhanden als damals.

Zum anderen hat man aus der damaligen Krise und der Erinnerung an ihre katastrophalen Folgen gelernt. Weltweit haben die Regierungen, zum Teil in gewisser Abstimmung miteinander, billionenschwere Rettungspakete für Banken geschnürt, antizyklische Konjunkturprogramme aufgelegt und mit Maßnahmen wie der staatlich mitfinanzierten Kurzarbeit gegen Arbeitslosigkeit gekämpft. Eine halbe Renaissance des Keynesianismus fand statt, eine halbe nur, weil die andere Hälfte keynesianischer Krisenbewältigungspolitik im Einsparen während des Booms besteht, und ob das je gelingt, bleibt unsicher.

Schließlich hatten sich 1930 die sozialistisch-kommunistische und die faschistisch-korporative Alternative zum Kapitalismus noch nicht diskreditiert. Sie beflügelten die Fantasie der Intellektuellen, die Hoffnungen der Massen und die Schärfe der Kapitalismuskritik, diskursiv und praktisch. Heute dagegen weiß man, wohin Kommunismus und Faschismus führten, sind diese Gegner des Kapitalismus zutiefst diskreditiert, und dieser erscheint ohne richtige Alternative. Nicht einmal die orthodoxen Linksparteien Europas schwärmen noch von Verstaatlichung und Sozialisierung als den großen Heilmitteln. Das unterscheidet die heutige Krise von der um 1930 radikal, und auch deshalb sind die politischen Folgen heute anders als damals.

Schließlich die Medien. Sie sind heute unendlich wichtiger als um 1930. Wir durchleben die Krise heftig medial, bevor sie uns real noch wirklich erreicht hat, oft im Medium der antizipierenden

Erinnerung an die Große Depression damals. Das trägt dazu bei, dass diese sich realiter nicht in voller Wucht entwickelt.

Die Aufzählung von Ähnlichkeiten und Unterschieden zwischen der Großen Depression um 1930 und der heutigen Krise ließe sich fortsetzen. Aber ich möchte auf Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung kommen. Deren Entwicklung über die Jahrzehnte markiert für Europa und Deutschland den wichtigsten Unterschied zwischen 1929 und 2009.

II.

Freiheit: In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhundert hätten nur wenige Beobachter auf die Zukunft des Parlamentarismus gewettet. Er schien vielen ein überholtes Produkt des vergehenden bürgerlichen Zeitalter zu sein. Den Diktaturen schien die Zukunft zu gehören. Fast überall in Europa waren sie im Vormarsch, mit viel Zustimmung, nicht nur durch Zwang. Bald blieben in Europa nur noch das Vereinigte Königreich, ein Teil Skandinaviens und die Schweiz als Inseln des Parlamentarismus, der Rechtsstaatlichkeit und der freiheitlichen Verfassung übrig, umgeben vom Meer der Diktaturen.

Heute ist das fast überall in Europa ganz anders. Die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verlief in punkto Freiheit ganz anders, viel glücklicher als die erste. 1945 war dies nicht vorauszusehen. Woran lag es?

Da war die Erfahrung der Kriege und Katastrophen, der Verfolgungen und Unterdrückungen, die bei manchen bald führenden Zeitgenossen ein tiefes Bedürfnis nach Freiheit, eine existentielle Hochschätzung der Freiheit hervorbrachten. Der kürzlich verstorbene Ralf Dahrendorf hat dies eindringlich beschrieben, der als Fünfzehnjähriger in Gestapohaft geriet. Eine ähnliche Prägung erfuhr Willy Brandt, der bekanntlich in seiner Abschiedsrede die Freiheit als den wichtigsten der drei sozialdemokratischen Grundwerte bezeichnete.

Dann waren da die Amerikaner, die nach 1945 anders als nach 1918 in Europa blieben und im Langzeitkonflikt mit den Sowjets freiheitliche Rahmenbedingungen für Verfassung, Wirtschaft und soziales Leben setzten und gewährleisteten. Gewissermaßen kam über den Atlantik nach Europa – verwandelt – zurück, was in den vorangehenden Jahrhunderten dorthin aus Europa migriert war.

Da war die vielfach bedingte Tendenz zur Integration Westeuropas, die dazu beitrug, das dieser über zwei Jahrtausende als besonders kriegerisch bekannte Kontinent friedlich wurde – eine förderliche Bedingung der Freiheit.

Und da war die sozial-ökonomische Entwicklung, die die Durchsetzung freiheitlicher Verhältnisse förderte. Zweifellos hat das anfangs stürmische, langfristig nachhaltige Wirtschaftswachstum – die Zunahme des Wohlstand – mitgeholfen, eine freiheitliche Verfassung von Gesellschaft und Politik zu etablieren und zu erhalten. Dadurch unterschied sich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg scharf von der Zwischenkriegszeit. Und auch umgekehrt wurde ein Schuh daraus: Das wirtschaftliche Wachstum gedieh langfristig besser unter den freiheitlichen Verhältnissen des Westens als in der gängelnden Zentralverwaltungswirtschaft des Ostens. Radikaler noch: um im Wettbewerb der Systeme die im Zeitalter der Dritten Industriellen Revolution neu entstehenden Produktivitätspotentiale auszuschöpfen, brauchte es dezentralisierte, Flexibilität und Spontanität erlaubende Produktionsverhältnisse, Netzwerk mit limited government, während die alles planende und zentral gestaltende Verwaltungswirtschaft daran versagte. Das war, historisch-materialistisch gesehen, der wichtigste Grund für die Schwäche des Sowjetreichs in den späten 1980er Jahren und damit eine Bedingung für die gewaltlosen Revolutionen von 1989: Freiheit als Produktivitäts – und Überlegenheitsbedingung.

Demokratie: Deren Durchbruch gelang in Europa im Ersten Weltkrieg und unmittelbar danach, in den teilweise revolutionären Massenaktionen, durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (bald auch: des Frauenwahlrechts), mit dem Aufstieg von Massenparteien und Sozialstaat, der allerdings schon vor 1914 begonnen hat. Die Wahlen in der Weimarer Republik verzeichneten sehr hohe Beteiligung, und die Gesellschaft wimmelte von selbstorganisierten Gruppen und sozialen Basisbewegungen, die sich für allgemeine Dinge engagierten, oft allerdings mit antirepublikanischer Stoßrichtung, rechts wie links. Dies war eine Variante der Fundamentaldemokratisierung, die sich immer wieder von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Parlament und Pluralismus entfernte, die gewaltsam sein konnte und in moderne Diktaturen übergehen konnte, die sich mit ihrer Fähigkeit zur Massenmobilisierung und Volksgemeinschaft sehr von älteren Diktaturen unterschieden, so sehr sie letztlich die Demokratie lähmten und das Volk unterjochten.

Nach 1945 gingen Freiheit und Demokratie zumeist Hand in Hand, unter dem Grundgesetz von 1949 zum Beispiel und in der Entwicklung des parlamentarischen Parteienstaats der Bundesrepublik, so

sehr dieser radikaldemokratische und direktdemokratische Strömungen auch erschwerte und verhinderte. Die erfolgreiche Revolution von 1989 in der DDR markierte einen Sprung vorwärts in der Geschichte der deutschen Demokratie. Denn einerseits resultierte sie aus kraftvollen Massenbewegungen in vielen Städten und Orten der DDR. Andererseits führte sie zur Eingliederung der ungefestigten DDR in die sich nach Osten ausdehnende Bundesrepublik. So sehr damit „dritte Wege“ und alternative Formen nicht-parteienstaatlicher Konsensdemokratie unmöglich wurden (falls sie je möglich waren, was sich bezweifeln lässt), so sehr geriet damit die noch fluide Entwicklung auf dem Gebiet der DDR in ein verlässliches parlamentarisch-demokratisches Fahrwasser. Allerdings um den Preis von fortdauernder Asymmetrie zwischen dem regieführenden Westen und der Bevölkerung im Osten, die schnell wieder aufhörte, Subjekt ihrer Veränderungen zu sein – was sie vorübergehend in der Revolution des Herbstes 1989 gewesen war. Die Folgen dieser Asymmetrie sind spürbar bis heute.

In der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart mischen sich widersprüchliche Tendenzen: Einerseits beobachten wir rückläufige Wahlbeteiligung und verbreitete Demokratieskepsis, andererseits aber einen kontinuierlichen Aufstieg des bürgerlichen Engagements, d.h. die vielfältige Partizipation mit zivilgesellschaftlichen Mitteln in Gruppen, Vereinen, Initiativen und Netzwerken, als Form einer fundamentalen Demokratisierung oft an Wahlen und Parteien vorbei (übrigens auch zunehmend in Ostdeutschland). Oft konzentriert sich die gegenwärtige Diskussion erneut auf das Verhältnis von Staat und Markt, auf die Revision marktliberaler oder marktradikaler Positionen, mit einem neuen Vertrauen auf staatliche Intervention. Aber unter dem Gesichtspunkt der Demokratie ist der „dritte Weg“ zwischen Markt und Staat, das verantwortliche und selbstorganisierte Engagement in der Bürgergesellschaft von eminenter Bedeutung.

Die Entwicklung von Freiheit und Demokratie war im letzten Jahrhundert von tiefen Rückschlägen gekennzeichnet. Sie war keine kontinuierliche Erfolgsgeschichte, ganz im Gegenteil. Aber insgesamt stellte die Entwicklung von Freiheit und Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und großen Teilen Europas einen fundamentalen Lernprozess dar. Man lernte aus den Katastrophen vorangehender Jahrzehnte. Dass die Finanz- und Wirtschaftskrise heute soviel weniger systembedrohlich wirkt als die von 1929 ff., hängt sehr mit der erfolgreichen Entwicklung freiheitlicher Demokratie und demokratisierter Freiheit in den letzten Jahrzehnten zusammen.

Und was hat das alles mit Mitbestimmung zu tun? Erste große Schritte auf dem Weg zur Arbeitnehmermitbestimmung in den Unternehmen wurden im Ersten Weltkrieg und in der

Revolution 1918/19 getan und im Betriebsrätegesetz von 1920 kodifiziert. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Gewerkschaften die paritätische Mitbestimmung zu ihrem wichtigen Ziel. „Politische Demokratie, die wir anstreben“, so Hans Böckler 1946, „hat zur Voraussetzung wirtschaftliche Demokratie.“ Die Gewerkschaften nutzten die vorübergehende Schwäche der Eisen- und Stahlindustriellen an Rhein und Ruhr in ihrem Kampf gegen die Entflechtungspolitik der britischen Besatzer, um die „Montanmitbestimmung“ mit ihrer „Gleichstellung von Kapital und Arbeit“ in den Aufsichtsräten bis 1951 durchzusetzen. Kurze Zeit später blieb das Betriebsverfassungsgesetz weit hinter der gewünschten Parität zurück. Und auch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 brachte in den Großunternehmen nicht die volle Parität, wie sie die Gewerkschaften wünschten, jedoch mehr davon als die Arbeitgeber zu akzeptieren bereit waren. Sie gingen nach Karlsruhe – und verloren. Das Bundesverfassungsgericht erklärte die Mitbestimmung für verfassungskonform, zog ihrer weiteren Ausdehnung aber enge Grenzen. Die Reform von 2001 hat den status quo im wesentlichen bestätigt und seiner Erosion entgegengearbeitet.

Diese Art der Mitbestimmung blieb auf Deutschland und Österreich beschränkt. Die Mitbestimmung ist über die Jahrzehnte mit unterschiedlichen Argumenten gefordert, kritisiert und verteidigt worden. Die Diskussion geht weiter, wenn auch nicht in der früheren Schärfe. Im jetzigen Zusammenhang nur dies:

Die hiesige Mitbestimmung hat sich als sehr vereinbar mit Freiheit und Demokratie erwiesen, ja mehr noch als deren Ergänzung und Stütze. Denn die Mitbestimmung war und ist eine zentrale Säule in der Architektur des deutschen Kapitalismus, für den sich der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ durchgesetzt hat; eine Architektur, in der der Markt durch viel Organisation ergänzt wird, in der vieles durch Verhandlungen zwischen den großen Organisationen geschieht, und in der die Klassenspannungen sozialstaatlich gedämpft und integriert werden. Dieses „Modell Deutschland“ ist zwar in den letzten Jahrzehnten durch den weltweit anschwellenden Neoliberalismus geschwächt worden. Es besteht aber immer noch und hat die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik gestärkt. Es hat sich, wie es scheint, auch in der jüngsten Krise bewährt, ist durch diese aufgewertet und sogar neu gekräftigt worden. Auch die Mitbestimmung, so das vorherrschende Urteil, hat in der jüngsten Krise beigetragen, individuell abgestufte und ausgehandelte Teillösungen zu finden, die die sozialen Härten der Krise abfederten und sie politisch handhabbar hielten.

Somit gehört der Ausbau der Mitbestimmung seit dem Zweiten Weltkrieg zu jenen Faktoren, die es ermöglichen, dass mit der jüngsten Wirtschaftskrise politisch geschickter und kreativer umgegangen wird als es früheren Generationen mit der um 1930 möglich war.

III

Wenn das wie eine Erfolgsgeschichte geklungen hat, so möchte ich sie relativieren. Unser System mit seinen Grundpfeilern Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung hat es nicht geschafft, Großprobleme wie Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichheit zu vermeiden. Es hat den Einbruch der tiefen Krise des Kapitalismus nicht verhindert. Es hat der Ausbreitung weltweiter Armut und der Verschärfung globaler Klimaprobleme wenig entgegenzusetzen. Überdies ist die Zukunft unsicher und voller Herausforderungen. Ich nenne abschließend drei davon.

1. Es hängt mit den bisherigen Erfolgen der Bundesrepublik, den daraus entstandenen hohen Erwartungen und mit der demokratischen Grundstruktur des Gemeinwesens zusammen, dass seine innere Reformfähigkeit begrenzt ist. Was beispielsweise mit der Agenda 2010 und der Heraufsetzung des formellen Renteneintrittsalters an Anpassung an neue demographische und ökonomische Verhältnisse versucht wurde, war – unbeschadet handwerklicher Patzer und überflüssiger Zumutungen im Einzelnen – insgesamt notwendig und überfällig. Zukünftige Historiker werden es der SPD einmal hoch anrechnen, dass die von ihr gestellte bzw. mitgetragene Regierung diese unpopuläre Aufgabe geschultert hat. Aber die Partei erhielt dafür nicht die verdiente Anerkennung. Im Gegenteil, sie wurde abgestraft – von einem Teil ihrer eigenen Basis, von vielen ihrer traditionellen Wähler und von langjährigen Verbündeten, denen kleine Verzichte in der Gegenwart im Interesse der Zukunft und der dann lebenden Mitbürger nicht zumutbar erschienen. Zukünftige unpopuläre Reformen sind dadurch nicht gerade ermutigt worden. Wie können Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung zusammenwirken, um Zukunftsfähigkeit zu verbessern?
2. Das Krisenmanagement der letzten zwölf Monate hat teilweise die Probleme nicht gelöst, sondern nur auf die Zukunft verschoben. Manche der angewandten Therapien tragen den Keim der nächsten Krise in sich. Das gilt für die weltweite Flutung der Finanzmärkte mit staatlich bereitgestellter Liquidität, die zu neuer Spekulation verführt und neue Blasen entstehen lassen dürfte. Das gilt für den riesenhaft angewachsenen Schuldenberg, der die staatliche Handlungsfähigkeit reduzieren und es beispielsweise unmöglich machen wird, eine

zukünftige Krise des Kapitalismus auf die gleiche Weise, nämlich durch immense öffentliche Rettungspakete und Konjunkturprogramme zu bekämpfen. Keynesianische Geld- und Konjunkturpolitik lässt sich auf längere Zeit nicht nur zur Hälfte betreiben.

3. Aber die nächste Krise ist nicht unwahrscheinlich, solange es nicht gelingt, den globalen Kapitalismus, besonders den Finanzkapitalismus zu reformieren. Dazu gehört meines Erachtens die Entflechtung der großen Bank-, Kredit- und Investitionsunternehmen, die derzeit zu groß sind als dass sie noch bankrott gehen könnten. Dazu gehören zahlreiche Regulierungsmaßnahmen, die viel diskutiert aber wenig implementiert werden. Dazu gehört die Korrektur überhöhter Rentabilitätserwartungen und die Abwendung vom Prinzip, auf Pump und über die eigenen Verhältnisse zu leben, in der Hoffnung darauf, dass das Wachstum der Zukunft es schon richten werde.

Diese Reform des Finanzkapitalismus, diese Korrektur einer Kultur des Pumpkapitalismus ist aber nur inter- und transnational möglich. Um die Instrumente dafür ist es bekanntlich nicht gut bestellt.

Wer beim Blick auf solche Probleme verzagen zu müssen glaubt, der sei eingeladen, auf das 20. Jahrhundert zurückzublicken. Ich mache eine Anleihe bei Eric Hobsbawm: Eine Menschheit, die dieses extreme Jahrhundert mit seinen Katastrophen überstand und aufs Ende hin erfolgreich wendete, wird wahrscheinlich robust genug sein, auch die zukünftigen Probleme zu meistern, selbst wenn man noch nicht genau sehen kann, wie.